



Region Hannover

Der Regionspräsident

Dezernat II

► **Nr. 0230 (IV) AaA**

Hannover, 31. Januar 2017

Antwort auf Anfragen

öffentlich

Gremium	geplant für Sitzung am	Be-schluss		Abstimmung		
		Laut Vor-schlag	abwei-chend	Ja	Nein	Ent-hal-tung

Kosten der Unterbringung und Betreuung Asylsuchender im Verantwortungsbereich der Region Hannover seit Anfang 2015 Anfrage der AfD-Fraktion vom 17. Januar 2017

Sachverhalt:

Die Regionsverwaltung wird um Mitteilung gebeten, welche Kosten durch die Unterbringung und Betreuung Asylsuchender im Regionsgebiet, im Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2016, entstanden sind.

Anlage(n):

Durch die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden sind in der Zeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015 nach Auswertung der entsprechenden Produkte im Ergebnishaushalt der Region Hannover Kosten in Höhe von 35.408.451 € entstanden, in der Zeit vom 01. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 Kosten in Höhe von 85.481.540 €. Der Betrag für 2016 ist vorläufig, da die Abrechnung mit den Kommunen in der Region Hannover noch nicht abgeschlossen ist.

Hier eine Aufstellung der Kostenblöcke:

Leistungen in besonderen Fällen nach § 2 AsylbLG (Analogleistungsberechtigte)

2015: 4.527.345 € 2016: 9.514.641 €

Grundleistungen nach § 3 AsylbLG

2015: 21.305.701 € 2016: 53.016.554 €

Bei den Leistungen nach den §§ 2 und 3 AsylbLG handelt es sich um Mittel für den Lebensunterhalt sowie Kosten der Unterkunft, die nicht gesondert ausgewiesen werden.

Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach § 4 AsylbLG

2015: 5.621.376 € 2016: 11.501.238 €

Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG

2015: 205.289 € 2016: 63.399 €

Sonstige Leistungen nach § 6 AsylbLG

2015: 2.952.482 € 2016: 5.442.706 €

Leistungen nach § 6 AsylbLG sind zu gewähren, wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder der Gesundheit unerlässlich sind.

Flüchtlingssozialarbeit

2015: 789.584 € 2016: 5.922.146 €

Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Region zur Unterstützung der Städte und Gemeinden im Rahmen der Flüchtlingsarbeit.